

Haushaltsausschuss des Bundestags beschließt Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter Langjähriges Anliegen des BdV setzt sich durch

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat eine Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter beschlossen. Hierzu erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius MdB:

Letzte Nacht hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags beschlossen, Bundesmittel zur Gewährung eines symbolischen finanziellen Anerkennungs Betrags für deutsche Zwangsarbeiter bereitzustellen. Hierzu sollen in den kommenden drei Jahren insgesamt 50 Millionen Euro eingesetzt werden. Wird der Haushalt für 2016 in der vom Haushaltsausschuss vorgelegten Fassung vom Deutschen Bundestag am 27. November beschlossen, werden nächstes Jahr die ersten 20 Millionen Euro an Entschädigungen an Betroffene ausbezahlt, die als Zivilpersonen zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Für die Jahre 2017 und 2018 sind dann jeweils 15 Millionen Euro eingeplant.

Das Schicksal dieser Menschen, das weit über das allgemeine Kriegsfolgeschicksal hinausgeht, ist Teil vieler deutscher Familiengeschichten. Deutsche Zwangsarbeiter waren vor allem Frauen, alte Menschen und Kinder, die verschleppt und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden. Tod, Kälte, Hunger, Krankheit und Entkräftung haben viele das Leben, alle aber Lebenszeit und Lebensqualität gekostet.

Ich freue mich sehr, dass wir es geschafft haben, eines der Hauptanliegen des Bundes der Vertriebenen endlich auf einen guten Weg zu bringen.

Die zivilen deutschen Zwangsarbeiter, denen während und nach dem zweiten Weltkrieg eine ganz besondere Last aufgebürdet und die oft als „menschliche Kriegsreparation“ verschleppt wurden, erfahren damit eine späte Wiedergutmachung. Ich bedauere, dass viele Betroffene diese Entschädigung nicht mehr erleben können und freue mich umso mehr mit denen, die diese symbolische Anerkennung ihres Leides noch erfahren.

Der BdV wird sich dafür einsetzen, dass an die Umsetzung dieses Beschlusses keine formal unerfüllbaren Bedingungen geknüpft werden, die dem hohen Lebensalter der Betroffenen und deren Angehörigen nicht gerecht werden.

13. November 2015

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007 30
Telefax +49 (0)228 81007 52

Pressekontakt:
Marc-Pawel Halatsch
Leiter der Pressestelle Berlin
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40, Raum 4204
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 8574 1219/1415
Telefax +49 (0)30 3384 5253
E-Mail presse@bdvbund.de

Sämtliche Pressemitteilungen
sind auf unserer Internetseite
www.bund-der-vertriebenen.de
abrufbar.

